

für Halle monatlich bei zweimaliger Aufstellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark einzeln, Aufstellungsgeld, Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden an allen Kassenpostämtern angenommen. In amtlich gezeichneten Zeitungen unter Angabe der Zeitung eingetragene Manuskripte werden ohne Rücksicht auf den Inhalt angenommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Redig. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Redig. Nr. 1131, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Volks-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 458.

Halle, Dienstag, den 30. September.

1910.

Russische Propaganda in Deutschland.

Neue Schwierigkeiten bei der Umbildung der deutschen Reichsregierung.

Bolschewistische Werbearbeit in Deutschland

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur (Gottlieb Halle) wird uns geschrieben: Der russische Bolschewismus gelangt es immer wieder, Wertematerial nach Deutschland zu senden und hier zur Verbreitung zu bringen. Gerade jetzt werden unter den noch in Deutschland verbleibenden Russen Flugblätter verbreitet, in denen die deutsche Regierung der Unterstützung der russischen Gegenrevolution beschuldigt wird. Die Russen werden aufgefordert, jetzt nicht heimzukehren, in Deutschland zu bleiben und sich hier an der weiteren Revolution zu beteiligen! Einmal dieser in russischer Sprache verbreiteten Flugblätter lautet in deutscher Uebersetzung:

„Kommerzien-Goldboten!

Jetzt bekommt ihr hauptsächlich viele russische Zeitungen. Man liest euch mit Wärdern. Die Leute, die auch früher mit der Krone geschlafen haben, erzählen euch von Wohlstand, was? Sie sagen euch, dort herrschen jetzt Wärd, die Bolschewisten, wenn nicht heute, so werden sie morgen hereingeworfen und dann kommt die Bezeichnung des russischen Paradieses.

Ihr habt mal gewußt von dem Paradiese. Der Arbeiter hat geschmitzt und der Bourgeois hat geoffen. Der Wärd hat geschmerzt, trotzdem hat die Welt sich nicht geändert. Die Soldaten sind im Schloß geblieben, denn es ist worden, während der Wärd die Georgienoffiziere erhalten hat. Ihr seid alle blind gewesen, und Wärdchen hat euch in Wärdchen geführt.

Jetzt haben die Zeiten sich geändert, seit zwei Jahren haben Arbeiter, Bauern und Soldaten die Herrschaft.

Den Wärdern die sie jetzt in Russland getroffen, getroffen, die Arbeiter ausgehungen und gestohlen haben, gefasst es dort nicht mehr, darum haben sie Russland verlassen und haben sich im Ausland verstreut. Von dort aus beschimpfen sie den russischen Arbeiter und wollen auf den Augenblick, wo sie sich in Russland wieder zusammenfinden.

Frühjahrliche Wärdern, auch französische, amerikanische, kanadische, japanische Wärdern, wollen den ganzen russischen Reichthum in ihre Hände haben. Doch können sie niemals Kommissar Rot Armees herbeiführen. Jetzt haben sie etwas neues ausgedacht. Was will euch alle nach Russland und Loden, damit sie mit euch machen können, was sie wollen. Sie wollen euch zwingen, alle wieder auszuwandern, um wenn ihr ausgetrieben habt, dann kommen Wärdchen Kommissar und Wärdchen mit der Welt, schlagen euch mit der Krone und deportieren euch nach der böstlichen Wärd. Die deutsche Regierung unterstützt ihn. Man will euch quälen. Sie sollen sich selbst antun. Ihr sollt nur hören, was wir sagen und was wir schreiben. Wir wollen, daß ihr uns nicht nur hört, sondern auch versteht. Wenn ihr noch ein Jahr im Lager bleibt, wird man euch zwingen an die Front zu gehen und das wird nicht besser sein, als jetzt. Hier müßt ihr noch leiden. Wärdchen, halt nicht jetzt in die Kasse der Lumpen. Macht keinen Kufraß, verachtet euch selbst. Wenn die Welt kommt, werdet ihr es erfahren. Wir werden nicht vergessen, euch zur Zeit zu helfen. Für ein gutes Wort kann man auch noch etwas leisten. Kommissar wird von den roten Armees geschlagen und über Wärdchen hinausgeschleudert. Den Wärd mit seinen Koffeln wird vernichtet, ebenso Wärdchen. Erzählt von einem den Franzosen nicht, denn die können euch nicht helfen und sind nicht wert, daß man ihnen hilft. Was man in Europa und in England nicht verstehen kann, das soll man in Deutschland nicht verstehen. In Deutschland wird die Revolution in Wärdchen kommen. In anderen Ländern fangen die Arbeiter schon an, sich zu erheben, sie wollen keinen Krieg gegen Russland führen. Wenn die Arbeiter es möglich machen könnten, hätten sie euch noch geholt. Weil die deutsche Revolution für euch und für England nicht ist, ist es nicht möglich, daß sie nicht kommen kann, stellt ihr euch daran zu beteiligen. Die Zeit kommt bald, wo wir der armen Bevölkerung der Besetzung von Zuge des Kapitalismus und Großgrundbesitzers bringen können. Ueber das, was jetzt in Russland geschieht, werden wir von nächste Mal erzählen.

Geht dies allen Kommerzien im Bogen.

Was sagt die deutsche Regierung zu dieser bolschewistischen Unterstützung der kommunistischen Ruschisten Deutschlands? Hat sie denn gar keine Möglichkeiten, um diese russische Propaganda zu unterbinden?

Die Kabinettsbildung.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Frage der Kabinettsbildung erfahren wir, daß sich die von uns schon gestern angelegentlich Ueberrassungen tatsächlich eingestellt haben. Es sind fastliche und persönliche Schwierigkeiten für den Wiedertritt der Demokraten in die Regierung entstanden. Die persönlichen Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß ein beträchtlicher Teil der Deutschdemokraten gegen Erzberger ist und das Ausscheiden des Reichsfinanzministers aus dem Kabinetts wünscht. Die fastlichen Schwierigkeiten liegen im Vertriebsgesetz.

Die oberkassische Frage.

Berlin, 30. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Heute nachmittags finden hier Besprechungen über die oberkassische Frage statt, an denen das Reichskabinetts, die preussische Regierung, die oberkassischen Abgeordneten der preussischen

Landesversammlung, eine aus 2 Zentrumskreisen, 2 Sozialdemokraten und einem Demokraten bestehende Fünferkommission, ferner der Oppozition Regierungspräsident und auch Reichskommissar Hörsing teilnehmen. Am Ende der Sitzung ist die Klärung der Unklarheiten zwischen der bekannten Rundgebung Erzbergers in der oberkassischen Frage und den Ausführungen des preussischen Ministers Hirsch.

Neue Verhandlungen im Berliner Streik.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der Versuch des Oberbürgermeisters Wermuth, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Berliner Metallindustrie zu neuen Einigungsvereinbarungen zu bewegen, scheint von Erfolg gekrönt zu werden. Die Tatsache aber, daß die Arbeitnehmervertreter zu Verhandlungen sofort bereit sind, läßt erkennen, daß sie ihren ursprünglichen, streng abgrenzten Standpunkt aufgegeben haben. Oberbürgermeister Wermuth wird heute mittags persönlich eine Grundlegung für die Aufnahme neuer Verhandlungen zu schaffen. Der Metallindustriellenverband hat seinen Vertretern heute Beschlüssen gegeben, die die Wiederaufnahme von Verhandlungen ermöglichen.

Die Verkehrsnot in England.

Amsterdam, 30. Sept. Laut Meldung des „Telegraaf“ ist der Export in London, der als Depot für Motorwagen benutzt wird, jetzt für das Publikum vollständig geschlossen. Die Häfen von Cardiff, Swansea und Newport sind blockiert. In Port ist der Verkehr vollständig lahmgelegt. Der in England vorhandene Lebensmittelvorrat reicht für etwa 14 Tage.

Polnischer Erfolg an der Duna.

Wien, 30. Sept. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Warschau haben die polnischen Truppen nach zweitägigen erbitterten Kämpfen die Befestigungen von Dübnitz am Südufer der Duna genommen.

Zum neuesten Entente-Ultimatum.

Genf, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die französischen Blätter lassen keinen Zweifel, worin die Wahrgeler der Entente gegen Deutschland bestehen würden: In der vollständigen Einstellung jeder Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und in der Unterbrechung der Seefahrtstransporte. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ versichert, daß die Vertreter der Entente in Paris dieses Ultimatum besonders getroffen haben, weil es hinter der Unmöglichkeit seit des Generals von der Goltz einen Versuch der Wiltzparatiz zu erklären, die Möglichkeit zur Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland offen zu halten. Nach Privatmitteilungen, die der Rat der Entente erhalten habe, betrage die Armee des Generals von der Goltz 60 000 Mann. Man befürchtet jedoch, daß es ihm ohne Schwierigkeiten gelingen werde, 500 000 Mann zusammenzubringen für den Fall, daß er ernstlich die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Annulierung des Berliner Friedensunternehme. Das „Journal des Debats“, das das Ultimatum beipflichtet, erblickt darin einen Versuch, die Lage in Deutschland klarzustellen. Wenn es der deutschen Regierung gelinge, den General von der Goltz zur Unterwerfung zu zwingen, so habe sie bewiesen, daß es ihr bisher an guten Willen fehlte. Stellt sich aber heraus, daß sie wirklich schmachvoll gegenüber dem General sei, so sei damit vor aller Welt der Beweis erbracht, daß Imperialismus und Generalobermacht in Deutschland immer noch die Oberhand hätten. Wenn man in Paris von einem Ultimatum und in den Berliner Tagesblättern von einer Drohnote spreche, so sei beides unrichtig. Ein Ultimatum würde Forderungen stellen mit der Ankündigung von Maßnahmen für den Fall der Nichterfüllung. Die Note der Entente aber ist mehr als ein Ultimatum. Es werden unverzüglich Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland eingeleitet, die solange in Kraft bleiben sollen, bis den Forderungen der Entente nach deren Ermessen voll Genüge getan sein werde.

Wie ein sieben aus Aurland zurückgekehrter Offizier berichtet, wird die Lage von den dortigen Militärbehörden als ungewöhnlich ernst angesehen, da verschiedene größere Formationen der noch in Oberost stehenden Truppenverbände erklärt haben, auf keinen Fall nach Deutschland zurückzukehren. Dazu kommt noch die propagandistische Tätigkeit der radikalen Elemente, die unter geistlicher Führung der Erzählung von Selangens, die von den Bolschewisten nach Deutschland entlassen worden sind, für ein Zusammengehen mit den Bolschewisten eintreten. Die Lage erfordert zähes, zielloses Borgehen der Reichsregierung.

Die Eröffnung des U-Boot-Krieges.

Die Erinnerungen des Großadmirals von Tirpitz.

Staatssekretär Tirpitz hat nunmehr endlich seine lang erwarteten Erinnerungen erscheinen lassen, die in den nächsten Tagen Gegenstand weitgehender Erörterungen sein dürften. Dem Werk, das im Verlage von R. F. Koehler Leipzig erscheint, und auf das noch zurückzukommen sein wird, entnehmen wir aus dem Kapitel über: „Die Eröffnung des Unterseebootes-Krieges“:

Schon vom Beginn des November ab hatten bei den leitenden Marinebehörden Erörterungen über einen etwaigen Unterseebootkrieg eingeleitet. Am 7. November 1914 stellte der Chef des Admiralstabes den Entwurf einer Unterseeboots-Flotadenerklärung der ganzen Küsten Großbritannien und Irlands zur Erörterung. Ich machte darauf aufmerksam, daß bei der Neuschiffung der U-Boots-Flotade bisher nicht behandelt wäre. Den Zeitpunkt für die Flotadenerklärung dürfte man nicht früher wählen, als bis eine einigermaßen hinreichende Anzahl von U-Booten zur Stelle wäre. Es schien mir fraglich, ob nicht besser der kommandierende Admiral des Marinekorps in Flanthen die Flotadenerklärung ausprüche, damit nicht Kaiser und Regierung in dieser Angelegenheit festgelegt würden. „Die Flotade von ganz England“, so schloß ich mein kurzes Wort, „flingt zu sehr nach Bluff, Flotade umschließt der Fremde scheint mir besser.“ Ich hielt es für richtiger, erst einmal im Kleinen anzufangen und zu sehen, wie die Dinge militärisch und politisch laufen würden. Eine solche Beschränkung hätte unseren Mitteln besser entsprochen und die Welt allmählich an den neuen Sperrgedanken gewöhnt. Wir hätten Amerika geschont, insbesondere die stets am Liverpool jahrend-n akkumulierten Passagierdampfer nicht berührt und so die Gefahr verringert.

Admiral v. Pöhl machte sich meinen Standpunkt nicht zu eigen. Am 15. Dezember legte er mir den Entwurf eines Schreibens an das Auswärtige Amt vor, in dem er Zustimmung zur Eröffnung des Unterseebootkriegs Ende Januar erbat, und zwar sollte der englische Kanal und die sämtlichen des Vereinigten Königreich umgebenden Gewässer als Kriegsgebiet erklärt werden. Das Schreiben erwähnte noch eine Aeußerung des amerikanischen Vorkämpfers Gerard, aus welchem der Chef des Admiralstabes schließen zu können glaubte, daß von Seiten Amerikas kein allzu großer Widerspruch zu erwarten wäre.

Am 16. Dezember erwiderte ich auf diesen Vorschlag folgendes:

„Euer Excellenz beehre ich mich auf das Schreiben vom 15. Dezember zu erwidern, das ich die Abwendung des ihm beiliegenden Erlässens an das Auswärtige Amt für verständig halte. Man kann meine Erachtens von diesem nicht gut jetzt schon eine Aeußerung darüber verlangen, ob im Februar nächsten Jahres gegen eine so bedeutende Flotade, wie sie die beschriebene U-Bootsunternehmung darstellt, politische Bedenken bestehen.“

Ich habe aber auch Bedenken gegen die von Euer Excellenz beabsichtigte Methode der Kriegserklärung. Der Unterseebootkrieg ohne Flotadenerklärung, wie er von Euer Excellenz vorgeschlagen wird, geht meines Erachtens in seiner Wirkung auf die Neutralen sehr viel weiter als eine regelrechte Flotade und ist deswegen politisch erheblich gefährlicher.

Die bisherigen Kriegserklärungen haben leider gezeigt, daß Deutschland auf die Handelsinteressen der Neutralen mehr Rücksicht nehmen muß als England. Auch die Resonanz auf die Maßnahmen der Entente, die das Verhalten der nördlichen Flotade als gefährlich bezeichnet haben, scheint mir nicht ganz untreffend. Die Engländer haben einmal das Gebiet nicht nur sich aus für gefährdet erklärt, sondern auf Grund der (freilich halbes) Beauptung, daß wir ihnen geizig hätten, und zweitens, daß neutrale Schiffe sich der Gefahr aussetzen, für deutsche Minenleger gehalten und entsprechend behandelt zu werden.

Ich darf Euer Excellenz auch zur Erwägung anheimstellen, ob es wirklich angebracht ist, das Vorkämpfer des Vorkämpfers Gerard mit dem Vorwissen der Bremer Handelsmarine als Beweismittel für ein U-Bootskriegs Borgehen ins Feld zu führen, wie es der geplante U-Bootskrieg bedingt. Schließlich könnte ich glauben, daß amtliche Stellen bei uns, die völlerrechtliche und moralische Bedenken schon gegen eine Unterseebootsflotade hegen, solche Bedenken in noch ungleich höherem Maße gegen diese Art des Borgehens geltend machen werden. Der von Euer Excellenz aufgestellte Entwurf dürfte diesen Protest eher heilen als belegen.

Abgesehen von Vorstehendem bin ich aber durchaus der Ansicht, daß ein planmäßiges Borgehen in großem Stil gegen den englischen Handel mit Unterseebooten innerhalb des Marine des energielose und mit allen Mitteln vorbereitet werden muß. In meinem Schriftverkehr geschieht dies.“

Admiral v. Pöhl antwortete mir hierauf, er könnte meiner Ansicht, daß es für den geplanten Schritt noch zu früh wäre, nicht beitreten. Nach eingehender Erörterungen mit dem Auswärtigen Amt und auf Grund einer Denkschrift

Vertical text on the left margin, likely a page number or reference.

des dortigen Ministerdirektors Krieger habe man sich auch entschlossen, an der Form der Kriegsgebietserklärung festzuhalten und nicht diejenige der Erklärung zu wählen. Das Abwärtige Amt wäre durchaus bereit, diese neue Form zu vertreten. Juristisch-doktrinäre Erwägungen geben also den Ausschlag.

Im weiteren Verlauf empfahl ich dem Chef des Admiralsstabes nach, sich wegen des Unterseebootkrieges vor Unterredung mit dem Reichsfanzler das Einverständnis des Generalstabschefs v. Falkenhayn wünschenswert schriftlich zu sichern. Soweit mir bekannt, blieb auch dieser Rat unbeachtet.

Am 27. Januar 1915 wurde ich vom Reichsfanzler zu einer Unterredung über diese Frage aufgefordert. Ich legte dar, daß wir England gegenüber nur vorwärts kämen, wenn wir ihm selbst den Krieg sichtbar machten; die U-Bootsblockade würde wir in irgendeiner Form m. E. nicht vermeiden können. Weder die juristische und politische Seite der Angelegenheit sei ich nicht hinreichend unterrichtet, um die Zweckmäßigkeit der Form ohne weiteres abschließend zu beurteilen zu können. Der Reichsfanzler lehnte in diesem Gespräch die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Unterseebootkrieges nicht grundsätzlich ab. Politische Verhältnisse erlaubten jedoch nach seiner Ansicht nicht, vor Frühjahr oder Sommer 1915 eine Entscheidung zu fällen. Ich war mit einem solchen Aufstand der noch nicht genügend durchgearbeiteten U-Bootsfrage unbedeutend einverstanden. Unter anderem hielt ich es für richtig, die Fortsetzung der Unterseeblockade für Flotten und der dortigen Verfeinerungen abzuwarten.

Im übrigen sagte ich bei dieser Gelegenheit Herrn von Bethmann auf eine dahingehende Frage, daß bei der Neutralität des Kampfmittels vom militärischen Standpunkt aus eine unbegleitete Zufuhr solcher Warfaktoren natürlich nicht gegeben werden könnte. Ich war jedoch überzeugt, daß unsere Maßnahmen einen gegenseitigen Eindruck machen und daß sehr viele Handelschiffe durch die ihnen drohende Gefahr abgedrängt werden würden.

Nach diesen Vorgängen wird man begreifen, wie außerordentlich verlickt ich war, als bereits wenige Tage nach diesem Gespräch, nämlich am 4. Februar 1915 in Wilhelmshaven Admiral v. Pohl im Einverständnis mit dem Reichsfanzler dem Kaiser die Kriegsgebietserklärung und U-Bootsblockade vorlegte. In dieser Erklärung wurden die Gewässer des Kanals als Kriegsgebiet erklärt und gesagt, daß jedes in diesem Gebiet angetroffene feindliche Kaufschiff zerstört würde, ohne daß es immer möglich sein würde, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, daß es angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauches neutraler Flaggen nicht immer vermeiden werden kann, daß sie auf feindliche Schiffe bedrohten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen. Für letztere wurde die Fahrt nördlich der Schottlandsinseln und ein Streifen an der holländischen Küste freigeslassen. Man wird den Unterschied dieser Erklärung von meinem eigenen Vorschlag ohne weiteres erkennen. Ich wünschte zunächst nur eine U-Bootsblockade der Themse. Eine Blockade ist effektiv, wenn jedes Schiff, das die Zone passiert, in erheblicher Gefahr der Beschlagnahme oder Vernichtung steht. Wenn mir alles auf die Thematik zusammengezogen, um eine absolute Spernung des Verkehrs, auch für neutrale Schiffe, herbeizuführen, so blieb doch die übrige Küste frei, und so konnten bei dieser Art der Ausführung wirksame Beschränkungen der Neutralität zunächst nicht vorkommen. Im Admiralsstab war man mit der Ausarbeitung meines Gedankens der Themsperrre beschäftigt, als Pohl unter dem 31. Januar auf einmal unter Berufung auf den Reichsfanzler die Sache umwarf. Durch die Ausdehnung des Sperrgebietes auf die ganze Küste wurde er weniger wirksam, rechtlich unklar und mehr herausfordernd. Es mangelte tiefer Erklärung die Effektivität, die Substanz, und dadurch zeigte sie den Widerspruch an. Sie minderte den Kredit unserer eigenen Erklärungen und damit in gewissem Sinne auch das Prestige der deutschen Marine herab. Sie sah etwas nach Luft aus, und durch die in der Erklärung liegende Unklarheit, nämlich das sichtbare Streben, die Neutralität zu schonen, aber zugleich die Drohung, es nicht zu tun, erregten wir Zweifel an unserem Recht auf diese Kriegsflagge. Jedenfalls war diese Kriegsgebietserklärung, wenn ich von der juristischen Seite abhebe, politisch und militärisch ungewöhnlich. Welche Gründe vorgelegen haben, unter Übergebung meines Ratums den U-Bootskrieg in Szene zu setzen, ist mir nicht bekannt geworden. Jedenfalls war ich wieder einmal, diesmal wohl in einer der wichtigsten Fragen meines Amtes, ungehört gelassen, der U-Bootskrieg über meinen Kopf hinweg und gegen meinen Willen eröffnet, in einer Form, die nicht Glück verheißt.

Unterm Datum des 2. Februar, eingegangen am 3. Februar, teilte der Admiralsstab dem Reichsmarineamt mit, daß der Reichsfanzler der Kriegsgebietserklärung zugestimmt hätte, deren beschlisslicher Wortlaut übermittleit wurde. Daraus habe ich nichts erfahren; denn meine Abreise von Berlin nach Wilhelmshaven erfolgte am 6. Februar. Da nach der Kabinetsbefehl vom 20. Juli 1914 derartige Entschlüsse ohne mein Zutun gar nicht erfolgen konnten, so besteht der begangene Fehler darin, daß eine Entscheidung von dieser Tragweite getroffen wurde, ohne meine Meinung abzuwarten. Ein solcher Schritt mußte doch durchgehend mit mir abgestimmt werden, bevor man zu einem Entschlusse kam. Admiral Sademann jedoch mir über keinen Anteil an der Entscheidung. Ich habe meine Bedenken gegen eine so frühzeitige Annahme des U-Bootskrieges dem Admiral von Pohl gegenüber am 2. Februar 1915, als ich nach Berlin zurück war, um zu erfahren, daß ich Chef des Admiralsstabes werden sollte, unverhohlen zum Ausdruck gebracht. Dieser wie meine Bedenken: geringe Zahl von U-Booten, keine Stützpunkte in Flotten und andererseits, Unklarheit über den U-Bootskriegsplan, wurde und erklärte, die Frage sei schon entschieden; Reichsfanzler, Auswärtiges Amt, Generalstab hätten zugestimmt und die laienliche Genehmigung stünde unmittelbar bevor. Als ich am 6. Februar mein neues Amt antrat, war die Kriegsgebietserklärung mit der Unterschrift von Bethmann und Pohl erlassen.

Der Kaiser stimmte zu. Ich stand zufällig dabei, konnte aber aus der ganz en Situation heraus nur noch die Forderung erreichen, daß man in der Erklärung auf den englischen Flottenmißbrauch Bezug nehmen möchte.

Der weltanschauliche Entschluß war, wie ich später erfuhr, am 2. Februar in einer Sitzung beim Reichsfanzler mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, im Beisein des Reichsgeheimrats des Innern und ich, in der ich Widerspruch des Groß-Admirals abgelehnt wurde. Nach der Sitzung hat am Spätabend desselben Tages kurz vor Pohl's Abfahrt nach Wilhelmshaven die juristische Autorität des Auswärtigen Amtes, Ministerdirektor Krieger, im Auftrag des Reichsfanzlers dem Admiralsstabes gegen dessen Bedenken noch eine Veränderung in der Fassung der Kriegsgebietserklärung durchgesetzt. Ich erwähne dies nur, um das enge Zusammenarbeiten der hingenetzten Dienststellen und das völlige Einverständnis des Reichsfanzlers mit dem Vorgehen des Admiralsstabes zu zeigen. Admiral v. Müller hat am 8. März 1915 sich brieflich darüber wie folgt geäußert: „Ich habe ebenso wie der Staatssekretär die Art der Justifizierung des U-Bootsblockadefrieges nicht gebilligt. Der Zeitpunkt war schlecht gewählt, die Mittel nicht genügend bereitgestellt, und die Redaktion der Antikündung war äußerst ungeschickt. Pohl hat die Zustimmung des noch für fast unzulänglichen Reichsfanzlers gefunden und hat dann dem Kaiser am 4. Februar auf der Seefahrt durch den Wilhelmshavener Hafen nach der „Sendung“ mit der erbetenen Fassung der Bekanntmachung überimpft. Es war illegal von Pohl, nicht vorher mit dem Staatssekretär über die Fassung der Antikündung zu sprechen. Er war aber auch illegal gegen mich, da ich Rat er laut immer gesucht hat, wenn es sich um wichtige Entscheidungen handelte. Er wollte durchaus die Veröffentlichung unter meinem Namen loslösen, und da vor abend 6 Uhr, 4. Februar der äußerste Zeitpunkt, denn an diesem Tage hatte er das Kommando der Hochseestreitkräfte schon übernommen und war demnach schon freigezogen, nicht mehr Chef des Admiralsstabes.“

Heimkehr von 15000 Kriegsgefangenen aus Amerika.

Nach einem New Yorker Bericht der Kaiser „Neu-Korrespondenz“ ist am Freitag mit der Heimkehr von 15000 deutschen Kriegsgefangenen begonnen worden. Der erste Transport wurde an dem Transport „Porchontas“ nach Rotterdam eingeschifft.

Der abberufene General v. d. Goltz soll Bericht erstatten.

Berlin, 30. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist der aus dem Baltikum zurückberührende General Graf von der Goltz dem Reichswehrminister Roste anzuweisen worden. Ihm bei seiner Ankunft in Riga Bericht über die Lage in Kurland zu erstatten. In ausländischen Kreisen der Reichsregierung ist man nach wie vor der Ansicht, daß Graf von der Goltz sich bemüht hat, Wiederbestellungen der deutschen Truppen in jeder Weise zu verhindern.

Vor dem Generalfreik in Elsaß-Lothringen.

Elsaß-Lothringen steht vor dem Generalfreik. Die Gefahr ist für Frankreich größer als die eines ähnlichen Ereignisses im afrikanischen Land; denn die Forderungen der Arbeiter richten sich auf Dinge, die in Deutschland verwirklicht oder auf dem Wege der Verwirklichung sind. Im besonderen verlangt die lothringische Berg- und Hüttenindustrie: Anerkennung der Organisation und Organisationszwang; Verstaatlichung aller Gruben; Beteiligung aller unfähigen Beamten; Mindestlohn und allgemeine Vöhrerhöhung; Neuwahl der Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner.

In Paris wird man erkennen, daß das Elsaß-Lothringische Problem — denn ein solches besteht auch heute noch — kein nationales, sondern ein internationales ist. Die Erkenntnis ist unabweisbar; aber es bleibt dabei, daß Frankreich, will es die „Debianerion“ geschäftlich rechtfertigen, eine Weltanfrage zu lösen hat. Durch rasche Freigabe des Landes werden die Schwierigkeiten dieser Aufgabe vermindert, statt vermehrt. Die Forderung der Arbeiter, die unfähigen Beamten (mit Inge) die unfähigen und überaus hoch eingeleitete (Franzosen) zu entfernen, wird eine heilsame Lehre sein. Ohne lothringische Erze kann Europa nicht leben; ohne daß die neuen Herren den veränderten Geist der Arbeiterklasse berücksichtigen, werden keine lothringischen Erze gefördert werden. Elsaß-Lothringen ist dem jetzt sozial fortgeschrittenen Lande benachbart; es wird immer Vergleiches ziehen. Begrifflich in Paris dies nicht, so wird man die Wiedergewinnung mit einer sozialgeschichtlichen Niederlage von unabweisbarer Wirkung büßen.

Wässer Terror freitender Seeleute in Lübeck.

Lübeck, 29. Sept. Der Streik der Hamburger und Bremer Seeleute hat auch auf Lübeck übergegriffen und zu schweren Gemüthsstörungen geführt. Die Seeleute in Lübeck hätten nachts die in Lübeck ankommenden Schiffe und hätten einige hundert Mann der Schiffsbesatzungen herunter. Dabei kam es zu großen Schlägereien. Bei der Verfolgung eines auslaufenden Dampfers bemängelten sich die Aufseher der Barfalte des Hafenmeisters, das Schiff einnahm aber durch die Drehbrücke. Das Feuer der Dampfer wurde aus den Pfeifen gestrichen, was sie an der Ausfahrt zu verhindern. Ein Teil der Lübecker Seemannschaft wurde zur Sicherheit der Schiffe aufgeboten, doch wurde angesichts der drohenden Salzung der Seeleute durch Glockengeläute und Eirenenrufe die Lübecker Einwohnerwehr alarmiert, die Schiffe und Brücken besetzt. Der Schiffsverkehr ist lahmgelegt.

Die Verteilung der deutschen Luftflotte.

Berlin, 29. Sept. Die Vertreter der fünf alliierten Großmächte unter Vorsitz des Außenministers Wilson trafen heute vormittag zusammen und nahmen die Verteilung einer Kommission über die Verteilung der deutschen Luftflotte an. Es soll auch beschlossen werden sein, einen Projekt vorzulegen, welches dieser Flotte eine neutrale Staaten an die deutsche Regierung zu richten, und es seien Maß-

nahmen getroffen worden, um ein ferneres Abwandern von deutschen Luftschiffmaterial nach dem Auslande zu verhindern.

Der franke Wilson.

Berlin, 29. Sept. Der „New York Herald“ meldet aus Washington, daß der Art Wilsons mitgeteilt hat, er glaube nicht, daß Wilson in der Lage sein wird, innerhalb kurzer Zeit seine Arbeit wieder aufzunehmen. Die Eröffnung der Arbeitserlaubnis am 8. Oktober in Washington wird wahrscheinlich ohne Anwesenheit Wilsons erfolgen.

Die Lage im englischen Eisenbahnerstreik.

Amsterdam, 29. Sept. Eine Auswertung aus London zufolge gibt „Dawning Street“ folgende Willkürigkeiten heraus: Die aus dem Lande einströmenden Nachschub fehlen, daß so gut wie der gesamte Eisenbahndienst eingestellt wurde. Anrufen sind nicht gemeldet. Die Regierung richtet in den Straßen Transportdienste ein, um die Lebensmittelversorgung zu sichern. — Weiter meldet weiter, daß Anordnungen erstellt worden sind, nach Witternacht in Cardiff die gesamte Verladung von Kohlen einzustellen, so daß aller verfügbaren Kohlen den englischen Verbrauchern zugute kommen. Die Angehörigen der Londoner Automobilclubs und der Straßenbahngesellschaft haben beschlossen, am 29. September die Arbeit nicht einzustellen und noch einmal über die Lage zu beraten.

Deutsches Reich.

Die großfürstliche Frage.

Jena, 29. Sept. Eine jugoslawische Zusammenkunft der demokratischen Abgeordneten der thüringischen Landtage in Weimar hat die Frage des Aufnahmestufes Thüringens eingehend erörtert und ist dabei zu der Überzeugung gekommen, daß auch ohne den Zutritt preussischer Gebiete ein Gesamtaust Thüringens durchaus lebensfähig wäre, selbst wenn einzelne der jetzigen Staaten vollständig davon ausgeschlossen wären. Man hielt die Bildung eines thüringischen Staates als Vermittlungsglied zwischen Nord und Süd im deutschen Gesamtinteresse für wünschenswert und berechtigt, und beschloß, den demokratischen Fraktionen der Einzelstaaten das Eintreten für die Annahme des Nachtragsvertrags zum Gemeinschaftsvertrag zu empfehlen.

Eine weitere völlige Niederlage der Unabhängigen in Braunschweig.

Braunschweig, 29. Sept. Auch die gestern in der Stadt Braunschweig vollzogenen Stichwahlen für die Neubesetzung des Magistrats führten zu einer vollständigen Niederlage für die Unabhängigen. Geleitet wurden nur die Kandidaten der bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Partei für die Wähler der besetzten Stadtorte gewählt. Im Vergleich zu dem am vorigen Sonntag vorgenommenen Hauptwahl haben gestern die Unabhängigen einen weiteren Verlust von annähernd 5000 Stimmen allein in der Stadt Braunschweig zu verzeichnen. Die Wahlbeteiligung war noch höher als am vorigen Sonntag.

Eine besondere überraschende Niederlage ergab sich bei der gestrigen Bürgermeistereiwahl in der Stadt Schöningen. Der Landtagsabg. und frühere „Ministerpräsident“ Frh. Dertke, der Oberhaupt der Braunschweiger Unabhängigen, brachte es nur auf 1947 Stimmen. Für seine Gegenkandidaten, den mehrheitssozialistischen Landtagsabgeordneten Edel, wurden dagegen 2290 Stimmen abgegeben. Letzterer ist somit als Bürgermeister der Stadt gewählt.

Reichstagsneuwahlen frühestens im März 1920.

Berlin, 30. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Von gut unterrichteter Seite erfährt ich, daß ein Neuwahl zum Reichstage in diesem Jahre nicht mehr zu denken ist. Der Reichstag kann frühestens im März 1920 gewählt werden. Bis dahin muß die Nationalversammlung ihre Aufgabe fortzuführen.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Berlin, 29. Sept. Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft nahm heute den Bericht eines Regierungsexperten über die verschiedenen Hauptprobleme und die in Ausführung begriffenen Leistungen entgegen. In erster Linie handelt es sich um die Sozialisierung von Berlin nach Berlin, nach Berlin und nach Berlin. Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist ein das dazu nötige Material, die eigenen Ständer um, kein vorhanden und es wurde wohl auch nicht sein, der nötigen Zement zu haben. Die Weiterberatung wurde unterbrochen, um mehrere Sachverständigen Gelegenheit zur Beantwortung von Fragen über die Elektrizitätswirtschaft zu geben.

Ausland.

Jugoslawische Truppen vor Kinn.

Lugano, 30. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Rom wird gemeldet, daß sich die jugoslawischen Truppenkonzentrationen nun doch bestätigen und von den Kriegern des Unabwärtigen einmündig festgestellt wurden. Die Bevölkerung der um Kinn liegenden Ortschaften begrüßt die jugoslawischen Soldaten mit unbeschreiblichem Jubel. In Kinn ist eine größere Abteilung des italienischen Roten Kreuzes eingetroffen.

Große Kräftigung in der italienischen Kammer.

Rom, 29. Sept. In der italienischen Kammer kam es bei der Abstimmung über die Tagesordnung, die der Regierung Mittel das Vertrauen anspricht, zu erheblichen Tumulten. Es entstand eine allgemeine Unruhe, an der sich mindestens 50 Abgeordnete beteiligten. Wahlen der Beteiligten wurden die Mitglieder vom Rebe gestrichen. Schlichtung wurde der Kammer ausgedrückt. Mittel verlor die Kammer bis zum nächsten Mittwoch.